

LATEINAMERIKA

(2)

Zentralamerika: China stellt sich hinter die Contadora-Vorschläge; die Rolle Kubas

Zentralamerika besteht genau genommen aus sieben Staaten, nämlich Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica, Panama und dem erst jüngst neu hinzugekommenen Belize. Wenn von Spannungen die Rede ist, sprechen die chinesischen Kommentatoren aber immer nur von den "fünf" zentralamerikanischen Staaten, wobei Belize und Panama ausgeschlossen sind.

Nachdem sich die Beziehungen vor allem zwischen Nicaragua, Honduras und Costa Rica im Laufe der zweiten Jahreshälfte d.J. 1982 drastisch verschlechtert hatten, trafen sich am 8. und 9. Januar die Außenminister von vier lateinamerikanischen Staaten (Mexico, Venezuela, Kolumbien und Panama) auf der Insel Contadora (Panama) und beschlossen eine kollektive diplomatische Vermittlungsstrategie. Am 20. und 21. April 1983 kam es zur ersten gemeinsamen Sitzung der Contadora-Gruppe mit den Außenministern der fünf mittelamerikanischen Länder. Dieses Treffen der neun Außenminister nahm insofern höchst eigenartige Züge an, als die fünf zentralamerikanischen Kollegen nicht direkt miteinander in Verbindung traten, sondern sich der Vermittlung der Contadora-Gruppe bedienten, m.a.W. also einen indirekten Dialog führten. Insofern trat anstelle multilateraler Verhandlungen ein vielfaches Geflecht von bilateralen Gesprächen, die aber am Schluß doch zu einem tragbaren Ergebnis führten. Die fünf mittelamerikanischen Länder sollten - und zwar unter Ausschluß jeglicher fremder Einmischung - direkte Verhandlungen aufnehmen, sollten ferner veranlassen, daß alle ausländischen Militärberater in der Region abgezogen werden und daß die Großmächte ihre Waffenlieferungen einstellen. (Schon die OAS hatte im Dezember 1981 eine regionale Lösung gefordert - und war damit zum Vorgänger der Contadora-Vorschläge geworden. (XNA, 14.12.81))

Aus Beijinger Sicht gibt es ein ganzes Bündel von Ursachen für die in Mittelamerika herrschenden Unruhen: Da ist erstens die Herrschaft von innovationsfeindlichen Oligarchien, gegen die sich eine breite nationaldemokratische Massenbasis herausgebildet hat, die auf den Sturz der Herrschen-

den hinwirkt. Der zweite große Ursachenkomplex geht von der ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder aus: Die Reagan-Administration unterstützt die Regierungen in El Salvador und Honduras sowie die antisandinistischen Verbände der Exil-Nicaraguaner, um die angeblich von Nicaragua ausgehende "Gefahr" für den karibischen Raum unter Kontrolle zu halten.

Die Sowjetunion andererseits unterstützt mit ganzen Schiffsladungen von Waffen und mit militärischen Ausbildern die Sandinisten sowie die Aufständischen in El Salvador, wobei auch noch Kuba als Assistenz eingeschaltet wird (zu diesen "zwei Arten von Problemen" vgl. RMRB, 30.10.81; ferner 14.6.83). Die Sowjetunion wolle nach Kuba auch noch weitere Dominosteine in Zentralamerika und in der Karibik sammeln, wobei sie ihre Expansionsbemühungen mit dem "Banner der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen drapiert" (BRU 1982, Nr.7, S.3).

Die Amerikaner verfolgten mit ihrer Politik drei Ziele: Stärkung des "Nordflügels" durch Zusammenschluß der USA, Kanadas und Mexicos im Rahmen einer gemeinsamen Zentralamerika-Politik, zweitens Stärkung des "südlichen Flügels" durch eine entsprechende Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Staaten und drittens Auswahl der Region Zentralamerika als Schauplatz für eine Bezwangung der Sowjetunion, wobei El Salvador als "Trumpfkarte im weltpolitischen Spiel" ausgesucht worden sei. Im Norden dieser zentralen Region liegt Mexico mit seinen Ölreserven, im Süden erstreckt sich der Panamakanal, der Pazifik und Atlantik miteinander verbindet. In der Karibik kreuzen sich außerdem die Nord-Süd- und Ost-West-Schiffahrtslinien. Hier in Zentralamerika wollen die USA also ihre "Verteidigungslinie" gegen die Sowjets und die Kubaner ziehen (RMRB, 19.6.81).

Alle Einmischungen könnten jedoch nur noch größere Verwirrung stiften. Es gebe eigentlich nur einen Weg, nämlich den von der Contadora-Gruppe gewiesenen "Dialog". China ist "dagegen, daß Mittelamerika ein Spielball der zwei Supermächte um die Weltvorratsmacht wird" (BRU 1983, Nr.31, S.12). Die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe wird am Ende keinen Erfolg haben (RMRB, 4.5.83). Auch die Sowjetunion wird scheitern, wenn die Völker der Region sich einig sind. Die Sowjetunion benutzt Ku-

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

(1)

Li Shuang freigelassen

Die 26-jährige Malerin Li Shuang wurde am 8. Juli 1983 nach 1 1/2-jähriger Haft in einem Arbeitslager freigelassen (Le Monde, 11.7.83). Sie war am 9. September 1981 verhaftet worden, weil sie mit dem französischen Diplomaten Emmanuel Bellefroid in dessen Diplomatenwohnung unehelich zusammengelebt hatte. Kurz vor dem China-Besuch des französischen Außenhandelsministers Michel Jobert Anfang November 1981 war die unkonventionelle u.a. wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses zu zwei Jahren "Erziehung durch Arbeit" von den Beijinger Sicherheitsbehörden bestraft worden. Die Verhaftung und administrative Bestrafung von Li Shuang hatten zu einer erheblichen Verstimmung im Verhältnis zwischen China und Frankreich geführt (s. C.a., November 1981, Ü 1). Die Freilassung von Li Shuang vier Monate vor Ablauf der Haftstrafe wurde unmittelbar vor Ankunft des französischen Landwirtschaftsministers Michel Rocard und zwei Monate nach dem China-Besuch von Staatspräsident Mitterrand vorgenommen. Die Entlassung von Li aus dem Arbeitslager Liangxiang bei Beijing ist eine von verschiedenen versöhnlichen Gesten der chinesischen Behörden gegenüber Frankreich auf dem humanitären Sektor im Anschluß an den Mitterrand-Besuch.

Nach ihrer Freilassung erklärte Li Shuang, daß sie so schnell wie möglich mit Emmanuel Bellefroid zusammenkommen und ihn nach den geltenden chinesischen und französischen Bestimmungen heiraten wolle. Sie sei "sehr glücklich", daß sie nun wieder bei ihrer Familie sei, fügte Li Shuang hinzu, ohne näher auf ihren Aufenthalt im Arbeitslager einzugehen (Le Monde, 12.7.83).

-sch-

ba als "Flugzeugträger im Karibischen Meer"; sie hat, unter Mithilfe der kubanischen Führung, die Insel zu einer "Riesenkaserne" ausgebaut und hat beispielsweise allein i.J. 1981 63.000 t Kriegsmaterial nach Kuba verschifft. Als kleines Land mit nur 10 Millionen Menschen verfügt Kuba über ein militärisches Potential, das z.T. selbst dasjenige Brasiliens übertrifft. Kuba hat überdies - im Dienste der Sowjetunion - in nicht weniger als 17 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 52.000 Soldaten und Militärpersonen stationiert. Auf dem Wege über Kuba betreibt die Sowjetunion Expansion und Infiltration in Mittelamerika und im karibischen Raum (BRu 1982, Nr.8, S.11 f.).

Neben der regionalen Lösung hält China auch noch einen zweiten politischen Strang für empfehlenswert, nämlich die Fortsetzung jener Wirtschaftspolitik für Zentralamerika, die Präsident Reagan im April 1982 angesprochen hatte, die damals allerdings von Kuba, Nicaragua und Grenada abgelehnt worden war (hierzu ausführlich C.a., November 1982, Ü 3).

Auf einige Länder Zentralamerikas ist China nicht allzu gut zu sprechen, so z.B. auf Costa Rica, wo im Oktober 1982 vier Xinhua-Korrespondenten wegen ihrer kritischen Berichterstattung des Landes verwiesen wurden (C.a., November 1982, Ü 3 mit Nachweisen), sowie Nicaragua, das sich - für den chinesischen Geschmack - allzusehr an Kuba und die Sowjetunion angelehnt hat. Anfangs - d.h. vor allem in den Jahren des Kampfes gegen die Somoza-Herrschaft i.J. 1978 - hatte China dem zentralamerikanischen Land zwar noch rege Sympathie entgegengebracht. Schon wenige Monate nach dem Sieg freilich, glaubte China bemerkt zu haben, daß Nicaragua zu einem zweiten Kuba zu werden begann (Näheres dazu C.a., April 1981, Ü 5).

Gegenüber den anderen drei Staaten ist China zwar nach wie vor kritisch eingestellt, weil es sich mit den dort herrschenden "Oligarchien" nicht identifizieren kann. Andererseits befürchtet man, daß das Beispiel Nicaragua auch in den Nachbarländern Schule machen könnte und daß noch ein drittes, viertes, fünftes oder sechstes Kuba entsteht.

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(3)

Zum 20. Jahrestag des "Tages der Befreiung Afrikas"

Am 25. Mai 1963 wurde die OAU in Addis Abeba in Äthiopien gegründet, die - aus chinesischer Sicht - die wichtigste Vereinigung zur "Befreiung Afrikas", zur "Wiederbelebung der Einheit des afrikanischen Kontinents" (XNA, 24.5.83) und ein "Symbol der afrikanischen Solidarität und Zusammenarbeit" ist, auch wenn ihre Arbeit immer wieder durch Konflikte, wie z.B. durch den Disput über die Mitgliedschaft der Arabischen Demokratischen Republik Sahara (SADR) sowie durch Streitigkeiten über die Repräsentation des Tschad behindert wird.

In den Jahren 1974 und 1975 hätten sich 16 westafrikanische Staaten zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammengetan und u.a. einen Plan für nicht weniger als 2.600 Projekte auf allen möglichen Wirtschaftsgebieten ausgearbeitet. In Ost- und Südafrika organisierten neun Länder die "Southern Africa Development Coordination Conference", die zwanzig Projekte auf ihre Tagesordnung gesetzt habe. Ende 1981 hätten 18 östliche und südliche afrikanische Staaten eine Präferenzzone für den gegenseitigen Handel gegründet. In Zentralafrika wollten demnächst elf Länder eine Wirtschaftsgemeinschaft gründen. Darüber hinaus sei es zu Gemeinschaftsbildungen zwischen den Ländern an den großen Seen gekommen sowie zur Zusammenarbeit bei der Erschließung des Niger und des Senegal-Flusses. Beim 1. OAU-Wirtschaftsgipfel in Lagos im April 1980 sei ein wirtschaftliches Aktionsprogramm für den Kontinent angenommen worden, durch das in den nächsten zwei Jahrzehnten kollektive Autarkie erreicht werden soll (XNA, 24.5.83). Obwohl es immer noch zahlreiche Konflikte zwischen den Ländern gebe, seien die bisherigen Ansätze doch höchst ermutigende Zeichen auf dem langen Marsch zur afrikanischen Einheit, betont die chinesische Regierung zum OAU-Geburtstag (XNA, 26.5.83).

Erneut auch weist China in diesem Zusammenhang auf den Besuch Ministerpräsident Zhao Ziyangs in elf Ländern zwischen Dezember 1982 und Januar 1983 hin (dazu ausführlich C.a., Januar 1983, S.40-49). Zwischen China und dem afrikanischen Kontinent habe es schon im Altertum Kontakte gegeben. Ptolemäus aus Alexandrien/

Ägypten habe China in seinen Werken erwähnt. Die ägyptische Königin Cleopatra soll Kleider aus chinesischer Seide getragen haben, die sie wahrscheinlich über die alte Seidenstraße bezogen hat. Seit dem Jahre 752 existierten Kontakte zwischen China und Schwarzafrika, wie aus dem "Reisebericht" von Du Huan (verfaßt i.J. 762) hervorgeht. Du Huan war bei einem Feldzug der Tang von Arabern gefangen genommen und nach Afrika gebracht worden. U.a. erzählte Du Huan von einem von schwarzhäutigen Afrikanern bevölkerten Staat "Mo Ling", dessen Lage sich heute allerdings nicht mehr genau ermitteln läßt. In einem im 9. Jhd. von Duan Chengshi verfaßten Buch wird ein Staat namens "Bobali" (Berbera im heutigen Somalia) erwähnt.

Im Grab einer jungen Frau aus der Tang-Dynastie, das südlich von Xi'an entdeckt wurde, befand sich eine Tonfigur mit schwarzer Haut, gekräuseltem Haar, breiter Nase und wulstigen Lippen. Umgekehrt haben Archäologen im Norden und an der Ostküste Afrikas Porzellan und Geld aus der Tang-Dynastie entdeckt. Es muß also damals bereits Verbindungen gegeben haben. Während der Song-Dynastie wurde von dem Geographen Zhu Siben zwischen 1311 und 1320 eine Landkarte Afrikas erstellt, die ein Dreieck mit der Spitze nach Süden zeigt, während europäische und afrikanische Karten des 14. Jhdts. die Spitze immer noch nach Osten weisen lassen (diese Landkarte ist im III. Band des Standardwerks "Science and Civilization in China" von Joseph Needham abgebildet).

Greifbarere Formen nahm der beiderseitige Verkehr im 15. Jhd. an, als eine Ming-Flotte unter der Leitung des Eunuchen Zheng He sieben Expeditionen zur Ostküste Afrikas startete und dort u.a. die Stadtstaaten Mogadishu (heute Hauptstadt Somalias), Brava (Somalia), Malindi (Kenia) und Zhu Bu (eine ehemalige Stadt an der Mündung des Flusses Juba in Somalia) besuchte. In den Annalen der Ming-Dynastie findet sich ein Hinweis, daß zwischen 1416 und 1423 dreimal Gesandtschaften aus Mogadishu und viermal aus Brava das chinesische Kaiserreich besuchten und dabei auch Tributgeschenke in Form typisch afrikanischer Tiere mitbrachten.

Der friedliche beiderseitige Verkehr sei aber dann nach dem 15. Jhd. durch die Einfälle der europäischen Imperialisten unterbrochen worden. Die gemeinsame

Unterdrückung habe die Verbundenheit zwischen den Völkern des Ostens und Afrikas verstärkt.

Mit der Gründung der VR China i.J. 1949 sei die "Freundschaft zwischen China und Afrika" dann in eine neue historische Etappe getreten. China unterhalte heute diplomatische Beziehungen mit 46 afrikanischen Staaten und habe mit einigen von ihnen Freundschaftsverträge sowie Abkommen über wirtschaftliche und technische Kooperation sowie über Kulturaustausch geschlossen. I.J. 1963 besuchte Zhou Enlai Afrika und verkündete dort zum ersten Mal die acht Prinzipien der chinesischen Entwicklungshilfe. I.J. 1970 begann China am Bau der TanSam-Bahn. 1983 verkündete Ministerpräsident Zhao Ziyang vier Prinzipien der wirtschaftlichen und technischen Kooperation.

Beijing sieht heute im "erwachten Afrika" - dies wurde bei den Jubiläumsfeiern immer wieder betont - eine "starke Kraft in der Welt-politik".

-we-

(4) Die Vorgänge im Tschad: Beijing spricht sich für eine "autochthone" Lö- sung und gegen eine Ein- mischung Libyens aus

Der Tschad ist ein Land, das unter französischer Kolonialherrschaft aus verschiedenen Rassen, Stämmen, Regionen und Religionen zu einer Einheit zusammengefügt wurde, die seit ihrer nationalen Selbständigkeit i.J. 1960 von tiefen inneren Widersprüchen zerrissen ist. Ein besonders dicker Trennungsstrich verläuft zwischen den islamischen Arabern im Norden und den Sara-Christen im Süden. Mitte August gab es nicht weniger als elf Fraktionen, die permanent in der einen oder anderen Form gegeneinander arbeiteten. Im August 1979 schlossen die elf ein Abkommen, durch das dem permanenten Bürgerkrieg ein Ende gemacht und eine "Übergangsregierung der Nationalen Einheit" gebildet werden sollte. Diese Einheitsregierung wurde am 11. November 1979 mit Goukouni Weddaye als Präsident und Habré als Verteidigungsminister gebildet. Doch schon kurze Zeit später flammten die Unruhen wieder auf, wobei die von Goukouni geführten "Volksstreitkräfte" mit den von Habré geführten "Nördlichen Streitkräften" zusammenprallten. Auf Wunsch Goukounis marschierten im Herbst 1980 libysche Truppen in den Tschad ein. Die Libyer verfolgten dabei ihre Neben-

absichten und veranlaßten Goukouni Anfang 1981, eine gemeinsame Erklärung über den Zusammenschluß des Tschad mit Libyen abzugeben.

Diese Vereinbarung wiederum stieß auf energischen Protest der OAU, da sie hinter ihr libyschen Expansionismus vermutete. Sechs afrikanische Länder stellten eine Panafricanische Friedenstruppe für den Tschad zusammen und veranlaßten die libyschen Truppen zum Rückzug.

Goukouni bat daraufhin die panafricanischen Einheiten, ihm beim Kampf gegen Habré zu helfen - ein Ansinnen, das abgelehnt wurde. Daraufhin verlangte Goukouni erneut libysche Truppenunterstützung, die offiziell abgelehnt, insgeheim aber, wie die gegenwärtigen (Anfang August 1983) Vorgänge in Libyen zeigen, stillschweigend gewährt wurde - dies offensichtlich nicht zuletzt deshalb, weil die Nördlichen Streitkräfte unter Habré ein Gebiet nach dem anderen zurückeroberten und schließlich am 2. Juni 1982 eine neue Regierung bildeten.

China hat sich inzwischen entschieden hinter Habré gestellt. Seine Politik der entschlossenen Verteidigung der Souveränität und Einheit des Landes sei geeignet, fremde Einmischung auszuschließen und die nationale Versöhnung herbeizuführen (BRU 1982, Nr.44, S.16, Nr.25, S.11 f. und XNA, 14.7.83). China wiederholte seinen Standpunkt beim Besuch des tschadischen Außenministers im Juli 1983 in China (XNA, 14.7.83).

Drei Gründe sind offensichtlich für diese Haltung ausschlaggebend:

- Zum einen traut man Habré am ehesten die Fähigkeit zu, endlich Ruhe im Land ("nationale Versöhnung") zu schaffen.

- Zweitens folgt China dem Beispiel der OAU, vor allem aber der Politik Ägyptens, des Sudans und Zaires, also dreier besonders eng befreundeter Staaten, die sich gegen eine Einmischung Libyens gewandt haben und

- drittens drückt China damit sein Mißtrauen gegenüber Libyen aus, das aus chinesischer Sicht die Einheit Nordafrikas stört und das vor allem in einem für den chinesischen Geschmack zu engen Verhältnis zu Moskau steht.

-we-

(5) Chinesische Außenpolitik im südlichen Afrika. Zunehmender Einfluß Chinas auf Swapo und ANC? Auf- nahme diplomatischer Be- ziehungen mit Lesotho

Die südwestafrikanische Befreiungsorganisation Swapo und der südafrikanische ANC (African National Congress) haben bisher die meiste Unterstützung von der Sowjetunion erhalten.

Beijing, das den Kampf gegen Hegemonismus, Imperialismus und Rassismus (der Rassismus folgt immer an dritter Stelle) auf seine Fahnen geschrieben hat, will sich hier nicht gerne von der Sowjetunion übertrumpfen lassen und möchte als wichtigste außerafrikanische Stütze im Kampf gegen die weiße Regierung in Südafrika bzw. die gemischtrassige Verwaltung in Namibia (Südwestafrika) in Erscheinung treten. Zhao Ziyang traf Vertreter beider Befreiungsorganisationen während seiner Afrika-Tour Anfang 1983 auf sambischem Boden.

Bereits im Januar 1983 (24.-28.1.) kam eine Swapo-Delegation nach China, der im Juni 1983 eine ANC-Delegation unter der Leitung ihres Vorsitzenden Oliver Tambo folgte. Beide Delegationen waren auf Einladung der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der KPCh nach China gekommen (XNA, 4.6.83).

Sowohl der Swapo als auch der ANC-Delegation wurden von seiten Chinas Waffen und andere Güter versprochen. Über die Einzelheiten wollte sich allerdings keine von beiden Seiten äußern (The Guardian (Birma), 6.6.83).

Die Freundschaft ist nicht ohne Probleme: Mit der Swapo hatte China längere Zeit seine Schwierigkeiten, weil sie eng mit dem Moskau-verbündeten Angola zusammenarbeitete. Der ANC andererseits verübte es den Chinesen, daß sie eine Zeitlang den Panafricanist Congress (PAC) unterstützt hatten, der sich 1959 vom ANC losgelöst hatte. Gleichzeitig ist der ANC eng mit der South African Communist Party verbündet, die i.J. 1979 den chinesischen "Erziehungsfeldzug gegen Vietnam" aufs heftigste kritisierte. Noch am 13. Oktober 1980 war der damalige chinesische Außenminister Huang Hua mit dem Führer der PAC, Vus Make, in Salisbury zusammengetroffen.

Wie schon der Swapo versicherte Zhao Ziyang auch der ANC, daß China die Unabhängigkeit Namibias nicht vom Rückzug kubani-

schers Truppen aus Angola abhängig machen will (XNA, 4.6.83). China glaubt dies betonen zu müssen, weil gerade dieser Rückzug für die USA und Südafrika conditio sine qua non für eine Unabhängigkeit Namibias ist.

Ganz wohl dürfte den Chinesen bei dieser Erklärung freilich nicht sein; denn es ist ihnen sehr wohl bekannt, daß die kubanischen Truppen ja im Auftrag des chinesischen Haupttrivalen, nämlich der Sowjetunion, in Südwestafrika/Namibia stehen. Im Interesse einer nahtlosen "Gemeinsamkeit" mit Swapo und ANC aber hat China solche Bedenken "hinuntergeschluckt". Diese Politik entspricht übrigens auch der neuen Linie gegenüber den Nachbarländern Südwest- und Südafrikas, die, wie Mozambique und Angola, ebenfalls enge Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten. Selbst mit Angola hat China inzwischen diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Eine besondere Genugtuung für China war es, daß auch Lesotho, ein nur 30.000 qkm großer Staat, der aber an allen Seiten von sudafrikanischem Gebiet umschlossen ist, in der Zwischenzeit diplomatische Beziehungen mit China aufgenommen hat, und zwar anläßlich eines Besuchs des Ministerpräsidenten von Lesotho vom 13. bis 17. Mai 1983 in China. In dem Kommuniqué heißt es u.a.: "Die Regierung der VR China unterstützt die Regierung des Königreichs Lesotho in ihren Bemühungen, die nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen und die Volkswirtschaft zu entwickeln..." (XNA, 16.5.83). Beide Seiten wandten sich in ihren Reden auch gegen die rassistische Politik Südafrikas und gegen die Anerkennung der sog. "nationalen Staaten", "Homelands" oder "Bantustans", die Südafrika in seinem vergeblichen Versuch, die schwarzen Massen zu besanfichtigen, errichtet hat (XNA, 14., 15. und 16.5.83).

Am 24. Mai verurteilte die chinesische Regierung offiziell die südafrikanischen Überfälle auf Mozambique, die von Pretoria als "Vergeltungsaktionen" bezeichnet werden (XNA, 24.5.83). Am 3. Juni gewährte das Chinesische Rote Kreuz an Mozambique eine Hilfe von 20.000 US\$ für Opfer eines südafrikanischen Luftangriffs auf Matola. Schon vorher hatte China 500.000 US\$ für Opfer der Trockenheitskatastrophe in Mozambique gewährt (XNA, 4.6.83).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(6)

Die KSZE-Konferenz - ein "Dialog zwischen Taubstummen"

Die Madrider Folgekonferenz, die am 11. November 1980 begann, um die praktischen Ergebnisse der am 21. Juli 1975 in Helsinki getroffenen KSZE-Schlufakte zu überprüfen, sollte eigentlich bereits im März 1981 wieder abgeschlossen sein, zog sich dann aber am Ende 32 Monate lang hin und wurde zu einer Marathonkonferenz - ähnlich der III. Seerechtskonferenz. Am 15. Juli 1983 endlich nahmen 34 Teilnehmerländer den Text und den Anhang des Schlufdokuments an und einigten sich darauf, die nächste KSZE-Konferenz 1986 in Wien abzuhalten. Lediglich Malta verweigerte eine Zeitlang seine Zustimmung, weil seine Forderung nach Einberufung einer Konferenz für die Sicherheit im Mittelmeer von den anderen Teilnehmern abgelehnt worden war.

Das Schlufdokument der KSZE-Konferenz sieht u.a. eine europäische Abrüstungskonferenz in Stockholm i.J. 1984 vor, avisiert ein Treffen von Experten über Menschenrechte in Ottawa (Frühjahr 1985), des weiteren ein Kulturforum in Budapest (1985) und eine Kontaktkonferenz für Ost- und Westeuropäer zur Diskussion der Frage "menschlicher Erleichterungen" (Ehe, Reisen, Familienzusammenführung etc.) (April 1985).

Die Konferenz hatte das Ziel, wie der Name schon sagt, "Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" zu fördern. Nach Meinung Chinas ist sie diesem Ziel keinen Schritt näher gekommen (XNA, 18.7.83). Man habe lediglich einige "taktische Kompromisse" geschlossen, da die meisten Teilnehmer der Konferenz überdrüssig geworden waren, und da man eingesehen habe, daß dem Geschehen ein gnädiges Ende bereitet werden müsse.

Angesichts der Spannungen zwischen den beiden Supermachten (Raketenaufstellungsfragen etc.) habe es eigentlich von vornherein zu keiner Verständigung kommen können.

Drei europabezogene Konferenzen stünden damit in einem äußerst schiefen Licht, nämlich

- die Genfer Verhandlungen zwischen den beiden Supermachten über die Mittelstreckenkernturbinen in Europa,
- des weiteren die Wiener Ver-

handlungen über die Reduzierung der Streitkräfte in Mitteleuropa (MBFR) und
- nicht zuletzt auch die Madrider Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Außer Spesen nichts gewesen - dies der Sinn des chinesischen Kommentars.

-we-

INNENPOLITIK

(7)

"Ausgewählte Werke von Deng Xiaoping" ver- öffentlicht

Punktlieh zum 62. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas ver- offentlichte das ZK-Redaktionskomitee für Parteiliteratur (Zhonggong zhongyang wenxian bianji weiyuanhui) die "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping" (Deng Xiaoping wenxuan). Der 398 Seiten umfassende Sammelband umfaßt 47 Reden und Gespräche aus den Jahren von 1975 bis 1982 - darunter 39 bisher noch nicht ver- offentlichte Werke des gegenwärtig einflureichsten chinesischen Politikers. Aufgelegt wurde der neue Katechismus für den politischen Alltag der Nach-Mao-Ära mit 12,2 Mio. Exemplaren. Außerdem wird der Nationalitäten-Verlag die "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping" in den Sprachen der folgenden fünf nationalen Minderheiten herausgeben: Mongolen, Tibeter, Uiguren, Kasaken und Koreaner. Darüberhinaus soll der Sammelband in folgende Fremdsprachen übersetzt werden: Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch und Japanisch.

Es ist sicherlich alles andere als zufällig, daß die "Ausgewählten Werke" mit einer Rede Deng Xiaopings an die Adresse der Armee unter dem bezeichnendem Titel "Die Armee muß ausgerichtet werden" beginnen. In den letzten Jahren war nämlich der stärkste Widerstand gegen den politischen Kurs der Deng-Fraktion aus den Reihen der Armee gekommen. Die Thematik und der besondere Titel des an erster Stelle plazierten Dokuments der "Ausgewählten Werke" deuten darauf hin, daß die politischen Schwierigkeiten der Deng-Fraktion mit Teilen der Armee nach wie vor nicht vollends bewältigt worden sind. Ein weiteres Indiz hierfür ist die relativ große Anzahl von Dokumenten, die die Armee zum Thema haben: Immerhin dreht es sich bei 10 der 47 Reden und Gespräche um die